

„An der Seite Israels“ – Materialsammlung zum Webkommentar

Ein Beitrag zum Israel-Palästina-Konflikt läuft aktuell immer Gefahr, unreflektiert kommentiert und diffamiert zu werden. Ich versuche trotzdem mit Fakten und vielfältigen Beiträgen Erklärungen – keine Entschuldigungen – zu liefern, was der Stand der israelischen Politik ist. Es geht nicht um Schuldzuweisungen. Wer an Lösungen interessiert ist, muss nach Ursachen suchen.

Im Papier geht es vordringlich um die Regierungspolitik des Staates Israel, weil dessen Flagge vor dem Rathaus der Landeshauptstadt Potsdam weht.

X

Kurz nach der Wahl der Israelischen Regierung erschien in Österreich (im Magazin Profil; <https://www.profil.at/ausland/was-wird-aus-israel-und-wie-gehen-wir-damit-um/402301487>) ein Artikel mit der Überschrift „Rassismus, Homophobie, Annexionsbestrebungen – die neue israelische Regierung ruft blankes Entsetzen hervor. Doch Kritik an Israel gerät rasch unter Antisemitismusverdacht.“

In dem Beitrag wird einerseits die neue Regierung charakterisiert. Es wird auf die geopolitische Rolle Israels eingegangen UND ein „Antisemitismus-Check“ mitgeliefert.

Der Beitrag endet mit zwei Erkenntnissen: „Angesichts von Rassismus, Homophobie und einem „jüdisch-ethnischen Vorherrschaftsanspruch“ (Avraham Burg in einem Gastkommentar in der „Süddeutschen Zeitung“) der israelischen Regierung droht eine Kollision zweier Maximen der österreichischen Außenpolitik: dem Bekenntnis zur Unterstützung Israels und dem Bekenntnis zu den Menschenrechten.

Israelkritik – im lauterem, nichtantisemitischen Sinn – zu üben, wird niemandem erspart bleiben.“

X

Auch auf der Homepage der „Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit“ wurde nachstehende Forschungsarbeit publiziert:

„Die neue Regierung verfolgt grundlegende Änderungen der staatlichen Ordnung und im israelisch-palästinensischen Konflikt.

Die neue Regierung in Israel steht politisch so weit rechts wie keine andere vor ihr. Der Erfolg der rechtsradikalen Parteien und ihre Beteiligung an der Regierung sind Ergebnisse einer länger anhaltenden Transformation der politischen Landschaft Israels. Kennzeichnend für diese Entwicklung ist die Genese einer rechten Mehrheit, die mit einer Rechtsverschiebung des Mainstreams und der politischen Legitimierung des radikalsten Segments der israelischen Gesellschaft einhergeht. Der gemeinsame Nenner dieser Regierung ist ein antiliberaler Impetus, der auf eine Neuordnung des Staates hinausläuft. Die Regierung beabsichtigt, demokratische Mechanismen, insbesondere das System von Checks and Balances, den Status des Obersten Gerichtshofs und den der Grundrechte, zu schwächen. Stattdessen sollen majoritäre Prinzipien gestärkt werden, die den Regierungsmehrheiten kaum mehr Schranken auferlegen. Dieser disruptive Ansatz bezieht sich auch auf den Konflikt mit den Palästinensern: Hier wird ein Sieg angestrebt. Die Integration des Westjordanlands in das Rechtsgebiet des Staates Israel soll unumkehrbar gemacht werden.“

Eine Kernaussage lautet: *„Innerhalb der Rechten gibt es einen Konsens darüber, dass nur das jüdische Volk einen historischen Anspruch auf das Westjordanland hat, dass sich Israel nicht mehr daraus zurückziehen wird und dass es einen palästinensischen Staat zwischen Jordan und Mittelmeer nicht geben kann. Im Koalitionsrahmenvertrag heißt es bereits im ersten Satz: »Das jüdische Volk hat ein exklusives und unveräußerliches Recht auf alle Teile des Landes Israel [...] - Galiläa, Negev, den*

Golan und Judäa und Samaria.« Daher ist diese Regierung auch weit davon entfernt, nach einem Kompromiss mit den Palästinensern zu suchen. Vielmehr geht es darum, den Konflikt so weit wie möglich unilateral zu entscheiden und die Kontrolle über weite Teile des palästinensischen Gebiets, insbesondere die C-Gebiete, zu verstetigen."

„Judäa und Samaria“ sind die Gebiete im Westjordanland und liegen außerhalb des eigentlichen Staatsgebietes. Mehr dazu hier: <https://www.swp-berlin.org/publikation/israels-antiliberale-koalition>

Wollen wir das als Stadt Potsdam oder Staat auch? Fällt dies nicht zu debattieren auch unter Staatsräson?

Wie tolerant sind wir als Landeshauptstadt? Ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die UN-Charta einseitig auslegbar? Wie würden wir reagieren, wenn eine Regierung eines Nachbarstaates uns unser Territorium streitig machen würde? Wie haben wir auf die Krim-Annexion reagiert?“

X

Vor dem 7. Oktober 2023 gab es Vielzahl von Medienberichten zur Situation in Nahost. Die Bilder von Demonstrationen in Israel bezüglich der anstehenden Justizreform waren auch Teil der Hauptnachrichten. Auch das Thema Siedlungspolitik war präsent, allerdings eher zu später Stunde oder auf arte. Hier drei Beispiele (ARD, ZDF, arte):

Israel. Auf dem Weg in den Gottesstaat? | Weltspiegel Doku

<https://www.ardmediathek.de/video/weltspiegel/israel-auf-dem-weg-in-den-gottesstaat-oder-weltspiegel-doku/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL3dlbHRzcGlIZ2VsLzQ4MDYyZDVmLWVlNmYtNDQ0NC1hZTQ1LTUwY2Y0NmQ5N2RmMw>

Israel im Griff der Rechten - Siedlerbewegung auf dem Vormarsch

<https://www.zdf.de/arte/arte-re/page-video-artede-re-israel-im-griff-der-rechten---siedlerbewegung-auf-dem-vormarsch-100.html>

Israel: Neue Straßen fürs Westjordanland | ARTE Reportage

<https://www.youtube.com/watch?v=p6KFOF8WC6M>

Diese Beispiele sollen keine „Schuldzuweisung“ darstellen. Sie tragen aber zur Erklärung – auch falscher Reaktionen – bei. Sie sind keine Rechtfertigung für terroristische Aktionen. Ich könnte ebenso zahlreiche Links zum islamistischen Gedankengut der Hamas, ihrer „Hintermänner“ und Geldgeber hier einfügen. Dazu gäbe es aus humanistischer, pazifistischer, emanzipatorischer oder demokratischer Sicht viel zu kritisieren. Auch die Tatsache, dass die Hamas (anders als die PLO im Kontext der Osloer Gespräche) das Existenzrecht Israels nicht anerkennt. Aber beruht dies nicht auf Gegenseitigkeit? Benjamin Netanjahu ist eine Koalition mit radikalen Vertretern der Siedlerbewegung eingegangen. Sie wollen ein jüdisch dominiertes "Eretz Israel", ein Großisrael, in dem sie das Sagen haben.

Es soll aufgezeigt werden, wie divers die israelische Gesellschaft ist und was die Regierungspolitik aktuell bewirkt. Ich will aufzeigen, dass es Differenzierungen zwischen Israelischer Regierungspolitik, jüdischem Glauben, jüdischer Gesellschaft, Zionismus bedarf und nicht die Kritik an Netanjahus Regierung automatisch antisemitisch begründet ist. Wir benötigen eine differenziertere Debatte, weniger Pauschalisierungen. Weniger Aufgeregtheit, mehr Sachlichkeit.

X

„Rückfall in existentiellen Konflikt in Nahost - Mit der Abkehr der israelischen Regierung von einer Zweistaatenregelung steht der israelisch-palästinensische Konflikt vor einer Zäsur.“ So die Überschrift eines Beitrags auf der Webseite der „Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.“ (kurz DGVN) vom April 2023. <https://dgvn.de/meldung/rueckfall-in-existentiellen-konflikt-in-nahost>
Der Autor, Dr. Muriel Asseburg, Senior Fellow in der Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), schreibt von der „Einstaatlichkeit“, von der „Besatzung zur Annexion“ und von der „machtlosen UN“.

„Das Ziel des friedlichen Nebeneinanders: Die Oslo-Abkommen sollten den israelisch-palästinensischen Konflikt durch Verhandlungen über eine Teilung des ehemaligen britischen Mandatsgebietes Palästina und eine einvernehmliche Regelung der Flüchtlingsfrage befrieden. Doch dieser in den 1990er-Jahren vereinbarte Ansatz muss heute als gescheitert angesehen werden.

... Vielmehr sind Israel und die palästinensischen Gebiete heute durch eine komplexe Einstaatenrealität geprägt: Israel hat die übergeordnete Kontrolle über Territorium, Land- und Seegrenzen (mit Ausnahme der Grenze zwischen Gazastreifen und Ägypten), Küstengewässer, Luftraum und Ressourcenausbeutung. Die Palästinensische Autonomiebehörde ist in ihrer Zuständigkeit auf innere Ordnung und Selbstverwaltung im Westjordanland beschränkt. Dabei ist sie maßgeblich von israelischen Genehmigungen und Transferleistungen abhängig.

*Das palästinensische Territorium ist von Siedlungsinfrastruktur durchzogen und die Bewegungsfreiheit zwischen den voneinander isolierten Gebieten eingeschränkt. Rund acht Prozent des Westjordanlandes werden durch die Sperranlagen abgetrennt und die Zahl der jüdischen Siedlerinnen und Siedler im Westjordanland und in Ost-Jerusalem ist auf über 680 000 angestiegen. **In für Israel ideologisch oder strategisch bedeutsamen Gebieten, wie Hebron, Ost-Jerusalem und dem Jordangraben, wird die palästinensische Bevölkerung zunehmend verdrängt. Der Gazastreifen ist seit 2006 nahezu vollständig abgeriegelt, die lokale Wirtschaft liegt brach.***

„Den Bewohnerinnen und Bewohnern im Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordanfluss werden je nach Staatsbürgerschaft, religiös-ethnischer Zugehörigkeit - jüdisch/arabisch - und Wohnort - Israel, (West-/Ost-)Jerusalem, A-, B-, C-Gebiete des Westjordanlandes oder Gazastreifen - unterschiedliche Rechte zugestanden beziehungsweise vorenthalten.“

Das erfüllt alle Kriterien von rassistisch, religiös-ethnischer Segregation. Vorausgegangen ist dieser seit 75 Jahren andauernden Besatzung die Nakba, die gewaltsame Vertreibung und Flucht von rund 700.000 Palästinensern Ende der Vierzigerjahre. Mehrere Generationen kennen nichts Anderes mehr als diese einseitig staatlich festgelegte und organisierte Getrenntheit.

Sollte sich unser „Nie wieder!“ nicht auch auf solche Zustände richten? Auf die Vermeidung von Verfolgung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit? Überall auf der Welt. Haben wir wirklich aus der Geschichte gelernt oder agieren wir eher plakativ?

X

Ab und zu die Perspektive wechseln schadet nicht. Es ergeben sich neue Ansichten, ggf. auch Einsichten. Bereichernde Diskussionen und Erfahrungsaustausche werden eigentlich erst möglich, wenn sich unterschiedliche Perspektiven und Ansichten einbringen dürfen und das Ziel der Debatte nicht die Bestätigung der eigenen Position ist.

Seit nunmehr 11 Jahren (29. November 2012; UN-Resolution 67/19) hat der Staat Palästina den Status eines Beobachterstaats bei den Vereinten Nationen. Durch diese Aufwertung des völkerrechtlichen Status Palästinas erhielten die Palästinenser Zugang zum Internationalen Strafgerichtshof und weiteren Unterorganisationen der UN. Seit 2011 ist der Staat Palästina (der

schon am 15. Nov. 1988 ausgerufen und schrittweise anerkannt wurde) außerdem Vollmitglied der UNESCO.

Von den 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben 138 (72 %) den Staat Palästina als unabhängigen Staat anerkannt. Die Gesamtbevölkerung dieser Staaten beträgt mehr als 5,5 Milliarden Menschen, was in etwa 80 % der Weltbevölkerung entspricht. Die DDR gehört auch zu den Staaten die den Staat Palästina anerkannten. Die Bundesrepublik gehört nicht zu diesen Staaten. Auch nicht die westeuropäischen Staaten, die USA, Kanada, Japan oder Australien. Auch Israel erkennt den Nachbarn, den Staat Palästina, nicht an. Derweil steht die Frage der internationalen Anerkennung des Staates Palästina und eines Staates Israel (Zweistaatenlösung) im Mittelpunkt des Israelisch-Palästinensischen Konflikts. Die Bildung zweier Staaten im vormaligen britischen Mandatsgebiets Palästina war das Ansinnen der UN-Resolution 181, auf der das Existenzrecht Israels beruht. Die Internationalisierung Jerusalems gehörte ebenfalls dazu.

80 Prozent der Weltbevölkerung hat evtl. eine ganz andere Perspektive auf den aktuellen Konflikt im Nahen Osten als Deutschland. Dies erklärt auch andere Ansichten bei der Bewertung der militärischen und politischen Reaktionen.

Nebenstehend die Karte des UN-Teilungsplans für das britische Mandat Palästina aus dem Jahr 1947.

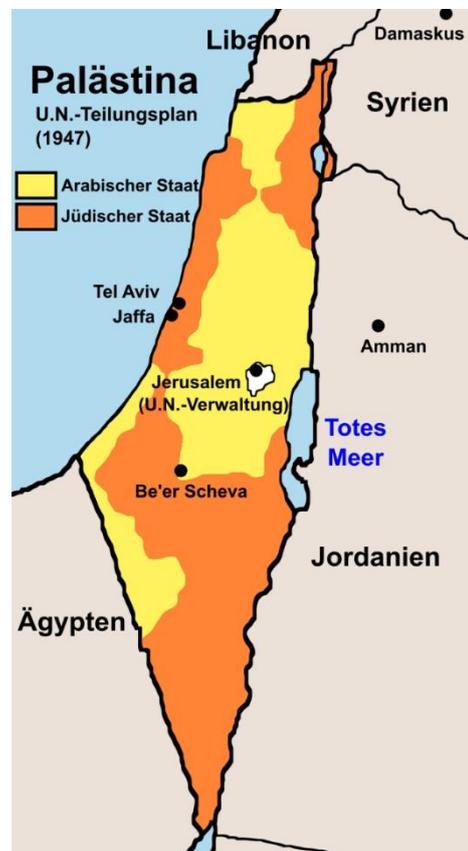
Wichtige UN-Resolutionen:

Die Resolution 446 des UN-Sicherheitsrats behandelte 1979 das Problem der israelischen Siedlungen in den arabischen Gebieten, welche von Israel im Sechstagekrieg erobert wurden aber noch nicht, wie der Sinai, zurückgegeben worden waren, also das Westjordanland mit Ost-Jerusalem, den Gaza-Streifen und die Golanhöhen. In der Resolution stellte der Sicherheitsrat fest, *„dass die Politik und Praxis Israels bei der Gründung von Siedlungen in den Palästinensischen und Arabischen Gebieten, die seit 1967 besetzt waren, keine rechtliche Gültigkeit besitzen und ein ernsthaftes Hindernis begründen, um einen umfassenden, einfachen und dauernden Frieden im Nahen Osten zu erreichen.“*

Die Resolution war am 22. März 1979 bei der 2134. Sitzung mit zwölf Stimmen ohne Gegenstimme angenommen worden, wobei Norwegen, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten sich enthalten hatten.

Kein Land der Welt wird seitens der UN mehr gerügt als Israel. Dies liegt u.a. an der Besatzungspolitik und der Realpolitik, die die Rechte Dritter oftmals missachtet. Laut UN-Watch hat die UN-Generalversammlung im vergangenen Jahr (2022) 15 Resolutionen gegen Israel verabschiedet. Das waren mehr als gegen alle anderen Länder der Welt insgesamt.

Die Resolutionen, die Israel betreffen, haben Titel wie: „Der besetzte syrische Golan“, „Israelische Siedlungen im besetzten palästinensischen Gebiet“ oder „Unterstützung für palästinensische Flüchtlinge“. Weitere Themen sind das Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge in Nahost (UNRWA) oder das „Eigentum und Einkommen palästinensischer Flüchtlinge“. Eine Entscheidung befasste sich mit dem „Ölteppich an der libanesischen Küste“ – wegen israelischer Luftangriffe auf Tanks. „Das Recht



des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung“ wurde ebenso thematisiert wie allgemein die „Palästina-Frage“.

Unter den zwölf Resolutionen zum Rest der Welt richtete sich eine gegen die USA. Sie kritisierte das US-Embargo gegen Kuba. Vier Beschlüsse befassten sich mit den Menschenrechten in verschiedenen Ländern: Nordkorea, Iran, Myanmar und Syrien. Hinzu kam die Lage in Afghanistan. Die restlichen sechs Resolutionen thematisierten mit unterschiedlichen Schwerpunkten den russischen Krieg gegen die Ukraine und dessen mögliche Folgen.

UN Watch hat auch den Zeitraum zwischen 2015 und 2022 dokumentiert. Die Organisation zählt in diesen Jahren 140 Resolutionen der UN-Generalversammlung zu Israel. Gleichzeitig habe es 68 Beschlüsse zu anderen Ländern gegeben. Der UN-Menschenrechtsrat wiederum hat demnach von 2006 bis 2022 insgesamt 99 Resolutionen gegen Israel verabschiedet. 41 weitere richteten sich gegen Syrien, 13 gegen den Iran, vier gegen Russland und drei gegen Venezuela.

Mehr zu United Nations Watch (eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Genf) und den o.g. Resolutionen sowie die Abstimmungsergebnisse unter: <https://unwatch.org/2022-2023-ung-resolutions-on-israel-vs-rest-of-the-world/>

X

Eine sehr interessante Webseite zum Konflikt ist die der politischen Bildung des Bundes. Sie enthält auch aufschlussreiches Kartenmaterial zur territorialen Entwicklung Israels und kriegerischen Auseinandersetzungen. (siehe Dateiende)

<https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54655/nahost/?type=galerie&show=image&i=255499>

Zur Beurteilung der aktuellen politischen Situation in Israel könnte ggf. auch dieser Beitrag von August 2023 aus der Frankfurter Rundschau helfen. Ein Interview mit dem Historiker Tom Segev. Frage: „Netanjahu ist bereit, das ganze Land wegen seiner persönlichen Lage gegen die Wand zu fahren?“

Antwort: „Absolut, kein Zweifel. Netanjahu ist ein konservativ-liberaler Politiker, aber er pflegt nicht den fanatischen messianischen Nationalismus wie die Koalitionspartner. Aber er ist von ihnen abhängig.“

<https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/israel-tom-segev-historiker-demokratie-grosser-gefahr-interview-92433561.html>

Wem nützt der aktuelle Konflikt? Eine Frage die immer gestellt werden muss und meist keine eindeutige Antwort kennt. Längst scheint es bei dem Militäreinsatz in Gaza nicht mehr nur um eine angemessene Reaktion auf den Terroranschlag zu gehen.

Stutzig machte mich folgendes Zitat: „General a. D. Efi Eitam, Chef der Nationalreligiösen Partei und ein militanter Verfechter der Siedlerinteressen, der dem inneren Kabinett angehört, vertrat kürzlich in einem Interview mit der Tageszeitung Ha'aretz1 folgende Position: Die Idee der Vertreibung aller Palästinenser, nach der "nur sehr wenige Araber übrig sein würden", sei politisch "verlockend", aber eben nur unter Kriegsbedingungen durchführbar.“

Das Zitat stammt aus der dt-französischen Zeitung (<https://monde-diplomatique.de/artikel/!1105062>) und ist vom 14.06.2002.

Dies passt aber zur aktuellen internationalen Debatte! Geht es um die Vertreibung der Palästinenser aus dem Gaza-Streifen, oder nur um die Hamas-Zerstörung oder wirklich um die Befreiung der Geisel? Der Militäreinsatz hat längst das Potential erreicht, einen Flächenbrand auszulösen.

„Jordanien hat eine „rote Linie“ im Gaza-Krieg gezogen. Versuche, Palästinenser aus dem Gazastreifen oder dem Westjordanland zu vertreiben, oder Bedingungen, das vorzubereiten, werde das Königreich als „Kriegserklärung“ betrachten, sagte der jordanische Ministerpräsident Bisher al-Khasawneh laut der staatlichen Nachrichtenagentur Petra.“

<https://www.welt.de/politik/ausland/article248379392/Gaza-Vertreibung-von-Palaestinensern-waere-fuer-Jordanien-Kriegserklaerung.html>

Auch EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat sich in Kairo gegen eine "Vertreibung von Palästinensern" ausgesprochen. (19.11.2023)

<https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-israel-samstag-112.html>

X

„Kunst brauche eine kritische und multiperspektivische Auseinandersetzung mit ihren vielfältigen Formen und Inhalten, um ihre Kraft wirklich entfalten zu können. Diese Voraussetzung sei derzeit in Deutschland nicht gegeben.“

Nachdem die vier verbliebenen Mitglieder der documenta-Findungskommission mit dieser Begründung zurückgetreten sind, fragt die Tagesspiegelredakteurin Katrin Sohns am 18.11.2023 in Bezug auf die aktuellen Ereignisse im Kulturbetrieb: *„...sind Rücktritte, Absagen und Verschiebungen der richtige Umgang in einem sich polarisierenden Klima? Ist das Feigheit vor dem Feind oder gibt der Klügere nach?*

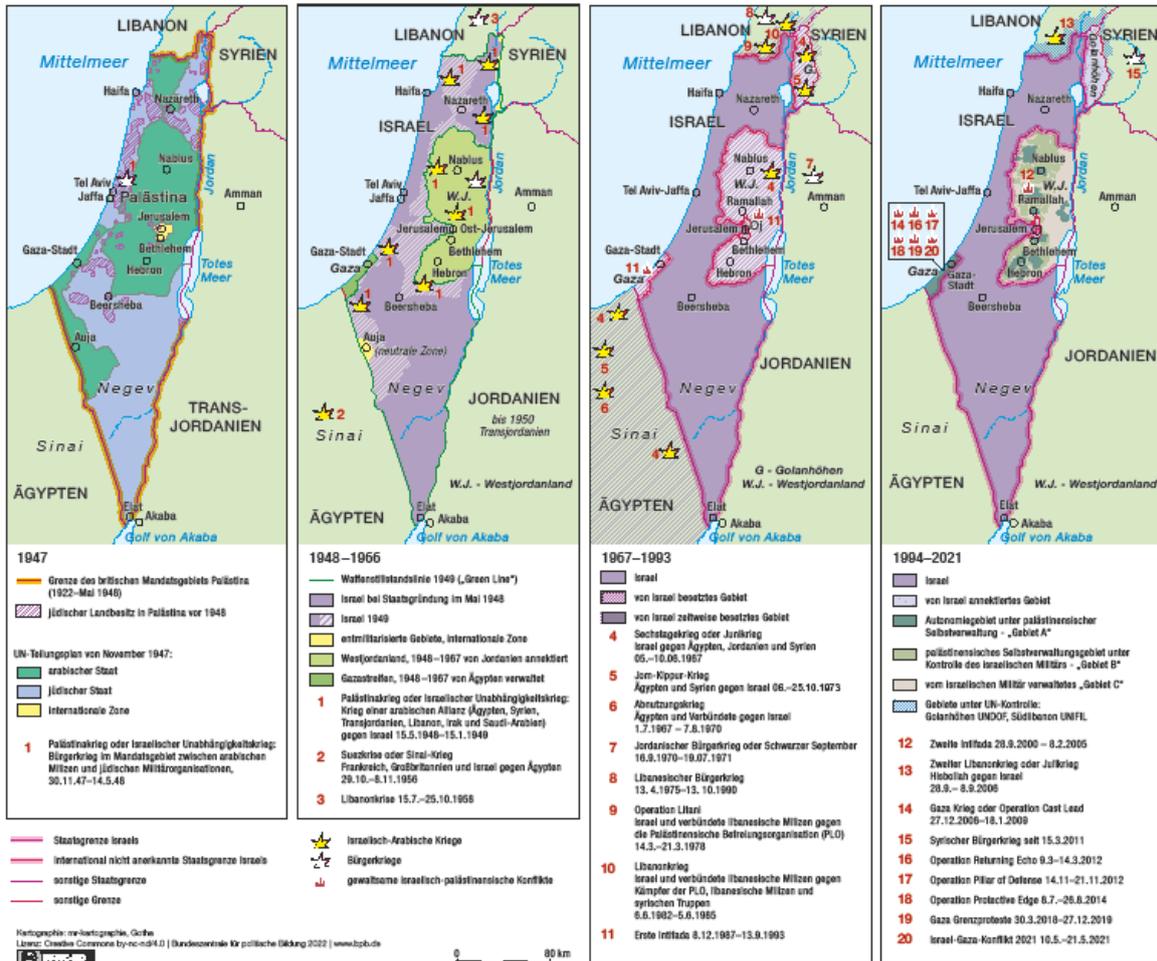
Die Antwort auf die Frage kann nicht pauschal ausfallen. Es braucht stattdessen die Diskussion, und die sollte so lange wie möglich so offen wie möglich geführt werden.“

https://www.tagesspiegel.de/meinung/absagen-verschieben-ändern-die-kulturszene-ringt-mit-dem-krieg-in-nahost-10794226.html?dicbo=v2-u4kgCRj&utm_source=outbrain_paid&utm_medium=plus_teaser&utm_campaign=outbrain

Dem kann ich mich nur anschließen.

Christian Krüger

Der Nahostkonflikt - Kriege und Aufstände von 1947–2021



Quelle: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54655/nahost/?type=galerie&show=image&i=255499>